

Pressemitteilung

BZgA
Ostmerheimer Str. 220
51109 Köln

Tel.: 0221/8992-280
Fax: 0221/8992-201
Internet: www.bzga.de
E-Mail: marita.voelker-albert@bzga.de

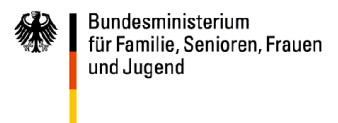
Kommunen setzen beim Kinderschutz verstärkt auf „Frühe Hilfen“

Nationales Zentrum Frühe Hilfen legt Ergebnisse der „Bestandsaufnahme Kommunale Praxis Früher Hilfen“ vor

Köln, 9. September 2011. Die Mehrheit der Kommunen in Deutschland hat ihre Anstrengungen im Bereich „Frühe Hilfen“ deutlich verstärkt. Wie aus einer Bestandsaufnahme des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) hervorgeht, haben zwei Drittel der Kommunen in den vergangenen Jahren durch politischen Beschluss frühzeitige Hilfsangebote für Familien ausgebaut. Viele Kommunen haben hierfür dauerhaft zusätzliche Mittel bereitgestellt. Für die Bestandsaufnahme des NZFH wurden deutschlandweit die Jugend- und Gesundheitsämter befragt.

Nach Aussage fast aller Ämter tragen „Frühe Hilfen“ zur frühzeitigeren Erkennung von familiären Problemlagen bei. Insgesamt halten die Kommunen eine breite Palette von frühen Hilfsangeboten für werdende und junge Eltern bereit. Sie reichen von Präventionsangeboten, die alle Familien erreichen – beispielsweise Begrüßungspakete und -besuche –, über Maßnahmen für spezifische Situationen wie die Frühförderung von behinderten Kindern, bis zu stationären Hilfen für jugendliche Mütter – dazu gehören etwa Mutter-Kind-Einrichtungen.

„Frühe Hilfen sind unverzichtbar, um Fälle von Kindeswohlgefährdung möglichst von Anfang an zu vermeiden“, sagt **Prof. Dr. Elisabeth Pott**, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. „Die Mehrheit der Kommunen hat das erkannt. Für besonders wichtig und erfolgreich halten Kommunen den Einsatz von Familienhebammen und Beratungsangeboten für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern wie etwa `Schreibbaby-Sprechstunden`. Von diesen Hilfen profitieren vor allem Familien mit hohen Belastungen. Ziel sollte daher sein, diese Angebote flächendeckend auszubauen.“



Träger:



„Die zunehmende Bedeutung, die ‚Frühe Hilfen‘ erfahren, ist auch ablesbar an einer besseren personellen Ausstattung. Fast die Hälfte der Jugendämter hat im Bereich Früher Hilfen bei sich oder bei den freien Trägern zusätzliche Stellen geschaffen. Die Notwendigkeit, Ressourcen auszubauen statt umzuverteilen, scheint erkannt worden zu sein“, erklärt **Prof. Dr. Thomas Rauschenbach**, Direktor und Vorstandsvorsitzender des Deutschen Jugendinstituts.

Die Bestandsaufnahme des NZFH, die vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt wurde, hat zudem gezeigt, dass mehr als die Hälfte der Kommunen Koordinierungsstellen eingerichtet hat, um die verschiedenen Anbieter Früher Hilfen miteinander zu vernetzen und dadurch deren Effektivität zu erhöhen. Dennoch werden seitens der Jugend- und Gesundheitsämter weitere Entwicklungsbedarfe gesehen. Zum einen fehlen ihnen bessere Instrumente zur Einschätzung von familiären Belastungen, um noch passgenauere Hilfen anbieten zu können. Zum anderen werden mehr interdisziplinäre Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Fachkräfte benötigt.

Das NZFH hat begonnen, die Ergebnisse der Bestandsaufnahme in konkrete Maßnahmen umzusetzen: So werden inzwischen Materialien zur Unterstützung von Fachkräften in der Arbeit mit Eltern sowie Instrumente zur Einschätzung familiärer Belastungen entwickelt. Außerdem erarbeitet das NZFH Arbeitshilfen für die sektorenübergreifende Fort- und Weiterbildung.

Der Kurzbericht „Bestandsaufnahme zur Entwicklung der kommunalen Praxis im Bereich Früher Hilfen“ (zweite Teiluntersuchung) ist beim Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) als Download unter www.fruehehilfen.de zu beziehen. Durchgeführt wurde die Befragung vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin im Auftrag des NZFH.

Weitere Informationen: www.fruehehilfen.de